

17. Februar 2025

Kuba: Einen Monat nach der Ankündigung der Freilassungen sind Hunderte noch immer im Gefängnis

Am 14. Januar kündigten die kubanischen Behörden an, dass sie "im Geiste des Ordentlichen Jubiläums 2025 (Heiliges Jahr)" und nach Gesprächen mit Papst Franziskus 553 Menschen aus dem Gefängnis entlassen werden. Gleichzeitig kündigte die Regierung der Vereinigten Staaten an, Kuba unter anderem von der Liste der Staaten zu streichen, die den Terrorismus unterstützen. Obwohl beide Länder jegliche Vereinbarung dementierten, bestätigten Quellen aus dem Weißen Haus, dass nach der Ankündigung eine beträchtliche Anzahl von Menschen freigelassen werde, insbesondere diejenigen, die mit den Protesten vom 11. Juli 2021 in Verbindung stehen. Bis heute haben kubanische Menschenrechtsorganisationen die Freilassung von mehr als 171 Personen registriert, die aus politischen Gründen willkürlich inhaftiert worden waren. Ana Piquer, Amerika-Direktorin von Amnesty International, erklärte in diesem Zusammenhang:

"Der Entlassungsprozess wurde von Unregelmäßigkeiten und einem Mangel an staatlicher Transparenz überschattet. Die kubanischen Behörden haben weder die Existenz von Personen bestätigt, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, noch haben sie eine Liste mit den Namen derjenigen vorgelegt, die in das Verfahren einbezogen werden sollen. Sie waren auch nicht bereit, die sofortige und bedingungslose Freilassung von politischen Gefangenen wie Luis Manuel Otero Alcántara, Maykel Castillo, Loreto Hernández, Roberto Pérez Fonseca und Saylí Navarro zu garantieren. Diese Personen und alle, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie ihre Meinung sagen, müssen freigelassen werden", fügte Ana Piquer hinzu.

"Der Entlassungsprozess wurde von Unregelmäßigkeiten und einem Mangel an staatlicher Transparenz überschattet. Die kubanischen Behörden (...) waren auch nicht bereit, die sofortige und bedingungslose Freilassung von politischen Gefangenen wie Luis Manuel Otero Alcántara, Maykel Castillo, Loreto Hernández, Roberto Pérez Fonseca und Saylí Navarro zu garantieren. Diese Personen und alle, die nur deshalb inhaftiert sind, weil sie ihre Meinung gesagt haben, müssen freigelassen werden."

-Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International

Die Freilassungen waren gekennzeichnet durch den Ausschluss der Opfer und ihrer Angehörigen und das Fehlen von Garantien, dass sie nicht erneut inhaftiert werden, wenn sie als abweichende Stimmen oder Gegner der Regierung wahrgenommen werden. Die Freigelassenen und ihre Familien erhielten nur wenige Stunden im Voraus eine Vorankündigung, in der Regel nachts. In vielen Fällen teilten die Behörden ihnen mit, dass ihnen eine Haftbeihilfe – in den meisten Fällen eine bedingte Entlassung – gewährt worden sei, ohne dass die Bedingungen oder ihr rechtlicher Status erläutert oder garantiert worden seien.

"Hunderte von Familien sind zwischen Angst und Hoffnung hin- und hergerissen und warten auf einen Anruf oder eine andere Form der Kommunikation, ohne irgendein Kriterium oder Element, das es ihnen ermöglichen würde, zu wissen, ob ihre Angehörigen freigelassen werden. Der anhaltende Kontext der Repression und die Nichtanerkennung der Willkür und

Ungerechtigkeit der Gerichtsverfahren gegen diese Menschen bringen sie in eine Situation extremer Verletzung ihrer Rechte", so Ana Piquer.

Hunderte von Familien sind hin- und hergerissen zwischen Angst und Hoffnung und warten auf einen Anruf oder eine andere Form der Kommunikation, ohne irgendein Kriterium oder Element, das es ihnen ermöglichen würde, zu wissen, ob ihre Angehörigen freigelassen werden. Der anhaltende Kontext der Repression und die Nichtanerkennung der Willkür und Ungerechtigkeit der Gerichtsverfahren gegen diese Menschen bringen sie in eine Situation extremer Verletzung ihrer Rechte
-Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International

Die kubanischen Behörden haben keine Liste derjenigen vorgelegt, die freigelassen werden könnten. Sie haben darauf bestanden, dass eine solche Freilassung keine Begnadigung darstellt und dass die Freigelassenen die im kubanischen Recht festgelegten Gefängnisleistungen erhalten würden.

Die Organisation Justicia 11J hat die Freilassung von 172 Personen überprüft und berichtet, dass weitere neun Personen, die bereits aus dem Gefängnis entlassen worden waren, darüber informiert wurden, dass die ihnen ursprünglich gewährten gesetzlichen Leistungen geändert worden seien. Die meisten der Freigelassenen verbüßten ihre Haftstrafen für ihre Teilnahme an den Protesten vom 11. Juli und waren wegen "Störung der öffentlichen Ordnung", "Missachtung" und "Körperverletzung" angeklagt worden, Straftaten, die von den kubanischen Behörden typischerweise zur Bestrafung friedlicher Proteste und der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit eingesetzt werden.

Die politischen Gefangenen José Daniel Ferrer, Félix Navarro, Luis Robles und Donaida Pérez Paseiro sind zwar bei ihren Familien, aber sie alle haben die Einschränkungen bei der Ausübung ihrer Menschenrechte als Teil der Bedingungen für ihre Freilassung angeprangert.

Dem politischen Gefangenen Pedro Albert beispielsweise, der im November 2024 auf Bewährung entlassen wurde, wurde darüber informiert, dass seine Leistung in eine bedingte Entlassung umgewandelt werden sollte, und dass die Nichtannahme der Änderung seine Rückkehr ins Gefängnis riskieren würde. Am 21. Januar 2025 wurde Pedro Albert willkürlich für einige Stunden festgenommen, verhört und dann zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er die Büros der Damas de Blanco besucht hatte.

Auch die politische Gefangene Donaida Pérez Paseiro berichtete, dass ihr Ehemann, der politische Gefangene Loreto Hernández, darüber informiert wurde, dass seine mögliche Freilassung nur gewährt würde, wenn sie ihren Aktivismus aufgibt und nicht mit den Medien spricht, da sie die Haftbedingungen angeprangert und ihre Absicht bekundet hat, die Menschenrechte nach ihrer Freilassung weiter zu verteidigen.

Der Oppositionsführer und politische Gefangene José Daniel Ferrer García ist am 16. Januar nach mehr als drei Jahren Haft freigelassen worden. Seitdem werden ihm nahestehende Personen bedroht, weil sie ihn besucht haben, und der Internetzugang der Mobiltelefone, die sie ihm für seine erste Kommunikation geliehen haben, wurde gesperrt. José Daniel Ferrer teilte Amnesty International mit, dass er sich geweigert habe, die Bedingungen für seine Freilassung zu unterschreiben, und dass er aus dem Gefängnis entfernt worden sei, ohne seine persönlichen Gegenstände abholen zu dürfen.

Am 20. Januar 2025 hob die Regierung von Donald Trump die von der Regierung des damaligen Präsidenten Biden ergriffenen Maßnahmen auf, darunter die Streichung Kubas von

der Liste der Staaten, die den Terrorismus unterstützen. Obwohl die kubanische Regierung darauf bestanden hat, dass der Freilassungsprozess eine souveräne und einseitige Entscheidung war, haben Organisationen, die den Prozess beobachten, berichtet, dass seit dem 21. Januar keine neuen Freilassungen stattgefunden haben.

"Die mögliche Absage oder Unterbrechung der Freilassungen ist alarmierend, da sie darauf hindeuten scheint, dass politische Gefangene erneut entmenslicht und als Verhandlungsmasse in einem politischen Spiel benutzt wurden, ohne Rücksicht auf ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit oder ihre Rechte", sagte Ana Piquer.

Die mögliche Absage oder Unterbrechung der Freilassungen ist alarmierend, da sie darauf hindeuten scheint, dass politische Gefangene erneut entmenslicht und als Verhandlungsmasse in einem politischen Spiel benutzt werden, ohne Rücksicht auf ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit oder ihre Rechte
-Ana Piquer, Direktorin für Amerika bei Amnesty International

Angesichts dieser Situation fordert Amnesty International die kubanischen Behörden auf, unverzüglich und bedingungslos alle Personen freizulassen, die zu Unrecht in Kuba inhaftiert sind, weil sie ihre Menschenrechte ausgeübt haben. "Während dieser Freilassungen wurden politische Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger willkürlich inhaftiert und wegen ihrer Arbeit schikaniert und eingeschüchtert. Die kubanische Regierung muss die repressiven Gesetze aufheben und diese systematischen Praktiken der Unterdrückung von Dissidenten beenden", so Ana Piquer abschließend.